

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 22 30. Oktober 1996

→ **Schacher um „Nazi-Gold“** Seite 2

Mit ihrer Rolle um den Verbleib der in der Schweiz angelegten Vermögen von Holocaust-Opfern sind die eidgenössischen Banken ins Zwielficht geraten. Verstrickt in diese unappetitlichen Geschäfte waren neben den USA und Großbritannien auch mehrere Ostblockstaaten.

→ **„1000 Jahre Ostarrichi“**

Seite 3

Beim Festkommers der Deutschen Burschenschaft Ende November in Wien geben sich wieder zahlreiche rechtslastige Referenten die Ehre. Die Verbindungen der Burschenschafter bis ins rechtsextreme und völkische Lager sind mittlerweile offenkundig.

→ **Verleger mit Geschäftssinn** Seite 7

Der Kieler Verleger Dietmar Munier ist wegen volksverhetzender Titel in seinem Verlagsprogramm ins Visier der Ermittlungsbehörden geraten.

→ **Kampf um Wort und Schrift** Seite 8

Die extreme Rechte sieht die deutsche Sprache durch „Überfremdung“ bedroht. Schuld an der Sprachverluderung sind nach ihrer Ansicht die Politiker und Medien.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

Vom Schacher um Vermögen von Holocaustopfern:

Schakale

Am Anfang stand eine kurze Agenturmeldung vom 10. September 1996: „Unter der Herrschaft der Nationalsozialisten ist aus Deutschland Goldvermögen im Wert von damals 550 Millionen US-Dollar - nach heutigem Wert sieben Milliarden Dollar (10,5 Milliarden Mark) - in „neutrale Länder“ wie die Schweiz und Portugal transferiert worden. Dies teilte das britische Außenministerium in einer Untersuchung über den Verbleib des „Nazi-Goldes“ mit. Das Gold hatten die Nazis von Juden beschlagnahmt. In dem Memorandum wird ausdrücklich zugegeben, daß „Großbritannien und seine Alliierten“ seinerzeit über den Transfer informiert waren.

Bei dem Memorandum handelte es sich um eine Veröffentlichung britischer staatlicher Archive, die der Labour-Unterhausabgeordnete Greville Janner durchgesetzt hat. Die konservative britische Regierung hatte zuvor bestritten, irgendetwas von dem Gold und dessen Verbleib zu wissen. Im Nachwort des Memorandums heißt es: „Die Spekulation darüber, wieviel Gold unentdeckt bleibt, geht weiter.“

Inzwischen ist mehr als ein Monat vergangen und jede Woche kommen neue Einzelheiten an den Tag. Es handelt sich - diese Zwischenbilanz darf jetzt gezogen werden - um eine der widerwärtigsten Fledereien von Opfern des Holocaust nach dessen Ende. In ihn verstrickt sind keineswegs nur die britische Regierung und Schweizer Banken, sondern ebenfalls die Regierungen in Washington, Warschau, Prag, Budapest und vermutlich anderer Länder.

Angefangen hatte das Versteckspiel im Jahre 1946, als die Schweiz bei Verhandlungen in Washington von den Westalliierten dazu verurteilt wurde, alle deutschen Guthaben als Reparation an die Siegermächte auszuliefern. Die Schweiz willigte ein, lieferte aber nur die deutschen Vermögen ab, die den Behörden in Bern von den Banken gemeldet wurden. Das war, wie der sozialdemokratische Abgeordnete im Schweizer Parlament, Jean Ziegler, kürzlich erklärte, allenfalls ein Zehntel des gesamten Vermögens. Und dies teilten sich Washington, London und Paris. Die große Masse der Vermögens- und Sachwerte verblieb bei Schweizer Banken, wurde gewinnbringend angelegt und beträgt deshalb heute ein Vielfaches des Ursprünglichen.

Aber niemand kümmerte sich darum und die Banken in der Schweiz hüllten sich selbstverständlich auch in Schweigen.

Das änderte sich mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in Osteuropa. Plötzlich meldeten sich vor allem Holocaustüberlebende oder deren Nachkommen an Bankschaltern in Zürich, Genf oder Basel. Doch sie wurden alle abgewiesen, weil sie die Nummern der Konten nicht wußten. Das aber ist Voraussetzung, um an die Vermögen zu gelangen. Sie waren von Juden aus allen von den Nazis besetzten Ländern in der Schweiz angelegt worden, offenbar in der Hoffnung, die Schweiz werde als wichtiger Informationsträger und Lieferant kriegswichtiger Waren von der Naziokkupation verschont bleiben. Wer sein Geld oder Gold auf Konten Schweizer Bankfilialen in den USA angelegt hatte, konnte darüber später ohne Schwierigkeiten verfügen.

Goldbarren aus Zähnen der Toten

Weil die Leute von den Banken abgewimmelt wurden, übernahm der Jüdische Weltkongreß deren Interessen - freilich mit demselben Ergebnis. Deshalb änderte er Anfang dieses Jahres seine Taktik und machte sich die im November anstehenden Wahlen in den USA zu nutze, bei denen Stimmen von Juden entscheidend sein können. Nachdem Protokolle über die erwähnten Verhandlungen des Jahres 1946 in Washington aufgetaucht waren, setzte sich Senator Alfonso d'Amato an die Spitze der US-Politiker, die Licht in den Dschungel bringen wollten und wollen. Der Druck aus den USA und England wurde für die eidgenössischen Banken zu stark. Sie traten die Flucht nach vorn an. Am 16. September gab der Schweizer Bundesrat bekannt, er werde eine Kommission von Wirtschaftsexperten und Historikern einsetzen, die „herrenlose jüdische Guthaben“ und Nazi-Gold aufspüren solle. Das Bankgeheimnis für diese Bereiche während der Jahre 1933 bis 1945 wurde aufgehoben.

Plötzlich meldeten sich ungefragt Stimmen aus den genannten Ländern, aber auch aus Argentinien, Portugal und Paraguay. Man werde ebenfalls nach solchen Konten und Vermögen fahnden, hieß es verheißungsvoll.

In England setzte sich Greville Janner an die Spitze der Aufklärer. Janner ist Jude. Er konnte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Jeder zweite sei-

ner Familienangehörigen wurde von den Nazis ermordet. Heute ist er Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses und Präsident der britischen „Gesellschaft zur Aufklärung des Holocaust“, die versucht, NS-Verbrechen aufzuklären und für die Entschädigung von Opfern zu sorgen. Ihm und d'Amato ist im wesentlichen zu verdanken, daß nun endlich Bewegung in den Skandal gekommen ist. Janner berichtete Zeitungsmeldungen zufolge: „Das Geld“ - es geht um mehrere Milliarden Schweizer Franken - „stammt aus den von Deutschland besetzten Staaten, aber auch von unzähligen Einzelpersonen. Tausende von Juden haben ihr Geld und ihre Juwelen in die Schweiz bringen können. Die Schweiz hat ihnen die Aufnahme verweigert und sie nach Deutschland zurückgeschickt - nur ihr Vermögen durften sie deponieren. Die meisten endeten in den Vernichtungslagern der Nazis. Dort wurden ihnen Wertsachen und Schmuck abgenommen. Den Toten wurden sogar die Goldzähne ausgeschlagen und in Goldbarren eingeschmolzen. Und die wanderten dann in die Schweiz.“

Jüdisches Vermögen für Enteignungen

Ob die Schweizer Banken wußten, woher die Werte stammten, muß noch geklärt werden. Einiges spricht allerdings schon heute dafür, daß sie zumindest vieles ahnten. Die ersten Informationen über den Holocaust gelangten aus Polen über die Schweiz nach England und in die USA. Das „Internationale Komitee vom Roten Kreuz“ (IKRK) war unterrichtet, verhinderte aber öffentliche Proteste. Die Schweizer Banken bestanden darauf, nur mit Nummern der deutschen Reichsbank versehene Goldbarren zu akzeptieren. Die Reichsbank fälschte daraufhin Stempel, indem sie diese zurückdatierte. Dann lief das Geschäft bis zum Ende des Krieges. Neuesten Berichten zufolge sollen sechs Tonnen dieses Goldes in London und New York lagern. In New York hat der Jüdische Weltkongreß jetzt viele Bankauszüge von Holocaustopfern gefunden. Polen scheint 1949 der Schweiz erlaubt zu haben, Konten ermordeter polnischer Juden einzuziehen, um mit dem Geld Schweizer Bürger zu entschädigen, deren Eigentum die kommunistischen Regierungen enteignet hatten. Ähnliche Abkommen soll die Schweiz mit der Tschechoslowakei und Ungarn getroffen haben. Die Geschichte dieses Schakalgeschäftes ist noch nicht zuende.

Heiner Lichtenstein

„1000 Jahre Ostarrichi“

Ein Thema für deutsche und österreichische Burschenschaftler

Wenn Burschenschaftler einen Festkommers abhalten, dann sind zwei Dinge unverzichtbar: Unmengen selbstverständlich deutschen Bieres und ein möglichst prominenter Festredner. Hatte diesen Part beim diesjährigen Burschen- und Altherrentag in Eisenach noch der Unions-Rechtsaußen Alfred Dregger übernommen, so wurde für die Tagung des Ausschusses für burschenschaftliche Arbeit „1000 Jahre Ostarrichi - Österreichs Beitrag zur deutschen Geschichte und Gegenwart“ in Wien am 29./30. November mit Jörg Haider ein „würdiger“ Nachfolger gefunden. Vorsichtshalber besteht für die Veranstaltung in der Hofburg Einlaß nur für geladene Gäste.

Doch der FPÖ-Führer ist nur der krönende Abschluß einer Reihe gleichgerichteter Redner. Den ersten Tag bestreiten vier Referenten mit ihren Vorträgen, wobei der niedersächsische Oberstudienrat Karl-Heinz Weissmann, dessen „Weg in den Abgrund“ unlängst für einen mittelpträgigen Historikerskandal gesorgt hat, und dessen großes Vorbild Ernst Nolte deutschen Lesern wohl kaum vorgestellt werden müssen. Dritter im Bunde ist der Wiener Dr. Josef Pasteiner, dessen Leserbriefe sich in der von den Freiheitlichen Akademikerverbänden getragenen „Aula“ finden. Undenkbar wäre eine solche Veranstaltung ohne völkischen Bezug auf das „Auslandsdeutschtum“, vorzugsweise das in Südtirol. Dieser wird hergestellt durch den aus Bozen stammenden Politikwissenschaftler Peter Paul Rainer, Bildungssoffizier bei den Südtiroler Schützen und Adjutant von deren Landeskommandanten. Er wurde bereits mehrfach als Autor für die „Junge Freiheit“ tätig.

Wenn die obigen Namen schon verdeutlichen, daß die Organisatoren keineswegs an eine politische Pluralität gedacht haben, dann bietet wenigstens die Mitgliedschaft von Karl-Heinz Weissmann in der bündischen Deutschen Hochschulgilde einen Hinweis darauf, daß die Burschen im Hinblick auf die Zugehörigkeit zu konkurrierenden Korporationen durchaus Toleranz zu üben gewillt sind. Das wird auch bei der Podiumsdiskussion am zweiten Tag deutlich, die in Zusammenarbeit mit dem Ring

Freiheitlicher Studenten durchgeführt wird. Zu den Teilnehmern gehören neben Weissmann und Nolte auch der Professor für Kulturwissenschaft Roland Girtler (Corps Symposium im KSCV zu Wien), der in der „Aula“ sowie im „Jahrbuch für politische Erneuerung“ der Freiheitlichen Akademie der FPÖ publiziert hat, und der langjährige Schulungsreferent des Mittelschüler-Kartellverbandes Heinrich Kolussi, der der „Aula“ mit einem Glückwunschschreiben zu ihrem 40. Geburtstag gratulierte.

Von der Etsch bis an den Belt...

Noch deutlicher als sonst werden bei dieser Veranstaltung die Verbindungen der Deutschen Burschenschaft ins rechtsextreme und völkische Lager. Dies mag zu einem Teil auch der neuen Vorsitzenden Burschenschaft, der Wiener Akademischen Burschenschaft Olympia, geschuldet sein, die zu den bekanntesten Mitgliedsbünden der radikalen Fraktion innerhalb der Deutschen Burschenschaft, der Burschenschaftlichen Gemeinschaft, gehört. Die Olympia, die bereits 1989/90 den Vorsitz innehatte, war wegen ihrer Beteiligung an der Attentatsserie in Südtirol zu Beginn der 60er Jahre sogar zeitweise verboten. Auch ihre bereits gewählte Nachfolgerin, die Burschenschaft Libertas Brunn zu Aachen, gehört der Burschenschaftlichen Gemeinschaft an.

Die zunehmende Dominanz der radikalen Kräfte gegenüber den eher gemäßigten Fraktionen wie dem „Hambacher Kreis“ wird auch in der Besetzung der sonstigen Ämter des Verbandes deutlich. So gehört der Vorsitzende des Ausschusses für burschenschaftliche Arbeit Heiko Gallin (Teutonia Prag zu Regensburg) zu einem Mitgliedsbund der Burschenschaftlichen Gemeinschaft. Das Mitglied des Ausschusses Martin Rosenau, Student der Politikwissenschaft, ist Fuxmajor der Hamburger Burschenschaft Germania, deren Verflechtungen mit dem rechtsextremen Lager notorisch sind. Um diese Auswahl zu ergänzen, sei lediglich noch angefügt, daß mit dem Vorsitzenden der Altherrenschaft der Münchner Burschenschaft Danubia Hans-Ulrich Kopp (Stuttgart) ein ehemaliger Redakteur der „Jungen Freiheit“ zum Pressereferenten gewählt wurde, dessen zahlreiche Posten in rechtsextremen Organisationen inzwischen kaum noch zu zählen sind.

Angesichts der gleichzeitigen Polarisierung und Radikalisierung des Verbandes kann es weder erstaunen, daß sich eine weitgehende Selbstläh-

mung vollzieht, noch daß die Zahl der angeschlossenen Gruppen weiterhin abnimmt. Ein Beleg für die erstgenannte Tendenz ist z.B. der Fakt, daß beim diesjährigen Burschentag nur ein einziger hochschulpolitischer Antrag zur Entscheidung vorlag. Dafür wurde eine „Resolution zum Schutz der Ehre der Soldaten der Bundeswehr“ verabschiedet. Ein Antrag auf Wiedereinführung der Pflichtmensusur fand zwar eine deutliche Mehrheit, verfehlte aber das zur Satzungsänderung notwendige Quorum. Der Rechtsausschuß wiederum verfügte, daß die von einigen Burschenschaften geforderte Möglichkeit der Aufnahme von Kriegsdienstverweigerern auf besonders zu begründende Ausnahmefälle beschränkt zu bleiben habe, wobei der Bewerber jeweils den Nachweis zu erbringen habe, „daß er sich tatkräftig für die Erfüllung der Grundsätze der Deutschen Burschenschaft einsetzt, obwohl er den Schutz des deutschen Volkes und der Freiheit anderen überläßt.“

„Nützliche Idioten“

Nachdem sich bereits als Folge des Burschentages 1995 eine Abspaltung aus sieben ehemaligen Mitgliedsbünden unter dem Namen Neue Deutsche Burschenschaft konstituiert hatte, sind inzwischen weitere Burschenschaften wegen der oben geschilderten Entwicklung ausgetreten oder haben dies angekündigt. Im einzelnen handelt es sich um die Burschenschaften Tulla Karlsruhe, Frankonia Gießen, Rheno-Markomannia Darmstadt, Pflüger Halle zu Münster und Arminia Würzburg. Damit ist die Zahl der Mitgliedsbünde auf nunmehr offiziell 121 gesunken, wobei einige derzeit nicht aktiv sind. 16 Gruppen des Verbandes kommen aus Österreich. Wie angespannt die innerverbandliche Lage ist, wird auch daran deutlich, daß im Vorfeld des diesjährigen Burschentages im Mai in Würzburg ein vorbereitendes Treffen aller Fraktionen durchgeführt wurde, um den endgültigen Bruch des Verbandes zu vermeiden. Da dieser sich aber immer deutlicher abzeichnet, kann es nicht erstaunen, daß Walter Egeler, Schriftleiter der „Burschenschaftlichen Blätter“ in dort ungewohnt scharfen Ton wettert, die Dissidenten der Neuen Deutschen Burschenschaft erfüllten „nichts weiter als die Funktion eines nützlichen Idioten“ (Burschenschaftliche Blätter 3/96, S.141).

Bei dieser unübersehbaren Radikalisierung eines ohnehin schon lange wegen seiner fließenden Übergänge zum Rechtsextremismus ins Gerede gekommenen Verbandes muß man sich natürlich

fragen, wie lange die Bundesregierung und speziell der Bundeskanzler persönlich diese Gruppierung am rechten Rand noch aufwerten wollen. War es 1995 noch der Staatssekretär im Bildungsministerium Bernd Neumann (CDU), der bei seiner Ansprache beim Burschentag die Grüße des Bundeskanzlers überbrachte, so hatte das in diesem Jahr Alfred Dregger übernommen. Kohl ließ den Burschen dafür danken, „daß sie unbeirrt, so wie es ihrer Tradition seit 1815 entspricht, an der Forderung nach Einheit für Deutschland und Freiheit für unsere Landsleute in der DDR festgehalten haben.“ Hier ist offensichtlich der Nationalismus wichtiger als die Demokratie. Das rechte Auge bleibt fest geschlossen.

Volkmar Wölk

Freiheit für Südtirol

Im rheinland-pfälzischen Altenkirchen residiert ein „Freundeskreis Karola Unterkircher“ (Sitz des österreichischen Ablegers ist Innsbruck), der regelmäßig einen sogenannten „Haft-Report“ an politisch Gleichgesinnte verschickt. Die 50jährige ultrarechte Südtirol-Aktivistin Unterkirchner wurde wegen Beteiligung an Sprengstoffanschlägen durch die italienische Justiz zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt und sitzt seit 1995 im Frauengefängnis in Opera bei Mailand in Haft. Verantwortlich zeichnet für den „Haft-Report“ Dieter Müller, regelmäßiger Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit“ (JF), Referent beim „Konservativen Gesprächskreis Gernersheim“. Müller ist auch Mitarbeiter des im 12. Jahrgang erscheinenden Mitteilungsblattes des „Andreas-Hofer-Bundes“ (Sitz der Bundesleitung: München) mit dem Titel „Berg-Feuer“. Geworben wird für den „Freundeskreis Karola Unterkircher“ u.a. in den rechtsextremen österreichischen Blättern „Eckartbote“ und „Kommentare zum Zeitgeschehen“, sowie der „Jungen Freiheit“. Diese dokumentierte jüngst einen „offenen Brief“ an den italienischen Staatspräsidenten Scalfaro. Verfasser sind die einstigen Südtiroler Terroristen Sepp Mitterhofer und Luis Hauser. Diese zählen zu jenen 24 Südtiroler Bombenlegern der „Feuernacht“ vom 11. Juni 1961, die kürzlich durch den italienischen Ministerpräsidenten begnadigt wurden. Mitterhofer und Hauser lehnen in dem „Brief“ die Begnadigung ab und bezichtigen Italien einer „Unterdrückungspolitik“.

Ewiggestrige in Aktion

Dresden - Unerwünschten Besuch erhielt die sächsische Landeshauptstadt vom 18. zum 19. Oktober. Die „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“, eine Vereinigung ehemaliger Wehrmachtsangehöriger mit heute noch rund 650 Mitgliedern in ihren Reihen, hielt dort ihr 42. Jahrestreffen ab. Das Ritterkreuz war 1939 als „neue Klasse“ des Eisernen Kreuzes eingeführt worden. Über die Verleihung entschied Adolf Hitler als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht persönlich. Während des Zweiten Weltkriegs wurden 7.318 Soldaten „für persönliche Tapferkeit vor dem Feind“ mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet, darunter waren auch auch 438 Angehörige der Waffen-SS. Im Jahr 1955 hatten rund 2.000 Kriegeraktivisten in Köln die „Ordensgemeinschaft“ ins Leben gerufen mit dem Ziel, die „ideellen Werte der höchsten Auszeichnung des Zweiten Weltkrieges“ zu pflegen und sich „für die Würde echten Soldatentums“ einzusetzen. An dem diesjährigen Jahrestreffen in Dresden nahmen rund 300 Personen, darunter 90 Mitglieder der „Ordensgemeinschaft“ mit ihrem Vorsitzenden Oberst a.D. Wolfram Kertz teil.

Im Vorfeld der Veranstaltung hatte es zahlreiche Proteste gehagelt. Insbesondere Bündnis 90/Die Grünen, aber auch Vertreter von SPD und PDS sowie mehrere Menschenrechtsorganisationen verurteilten entschieden das Treffen. „Die Dresdner Demokraten von 1989 haben nicht die Kommunisten vertrieben, damit die von Hitler dekorierten Ritterkreuzträger in Dresden ihre unrühmliche Tradition pflegen können“, betonte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Peter Adler. Der Dresdner Oberbürgermeister Herbert Wagner (CDU) hatte eine Begrüßung und einen offiziellen Empfang der Veteranen abgelehnt. Auch die Bundeswehr, die wegen wiederholter Teilnahme an den alljährlichen Revanchistentreffen schon des öfteren ins Kreuzfeuer der Kritik geraten war, sagte diesmal ihre Begleitung kurzfristig ab. Die Ordensgemeinschaft verzichtete daraufhin - offensichtlich auch unter dem Druck der angekündigten Gegendemonstrationen - auf alle geplanten öffentlichen Veranstaltungen in Dresden. Bei einer Sitzblockade vor dem Dresdner Nordfriedhof, mit der eine Kranzniederlegung verhindert werden sollte, nahm die Polizei 45 Demonstranten fest.

KOMMENTAR

Eine deutliche Warnung

Daß Erfolg sinnlich macht, ist bekannt. Und so verwundert es auch nicht, wenn Jörg Haider nach dem guten Abschneiden seiner FPÖ bei den österreichischen Wahlen für das Europäische Parlament und das Wiener Landesparlament sich in Gedanken bereits auf dem Stuhl des Bundeskanzlers sieht. Ob ihn die Österreicher dort haben sollten, ist allerdings zu bezweifeln. Allein die vollmundigen Interviews nach der Wahl geben Grund zur Nachdenklichkeit; etwa wenn Haider seine Partei als PLO Österreichs bezeichnet, die das Land „aufräumen müsse“. Hier kommen einem doch die Attentate und Bombendrohungen, die die österreichische Republik in den letzten Jahren erschütterten, ins Gedächtnis. Gleichwohl sind die hohen Stimmanteile für die rechtslastigen „Freiheitlichen“ am 13. Oktober wohl kaum als Mandat für ein Spitzenamt Haiders zu verstehen, denn es dürfte sich eher um eine Protest-, denn eine Programmwahl gehandelt haben.

Als Betriebsunfall läßt sich das Ergebnis jedoch nicht abtun: Jörg Haiders FPÖ gleichauf mit SPÖ und ÖVP ist kein Ausrutscher. Zwar haben Führungsfehler an der Spitze der SPÖ, deretwegen jetzt sogar die Ablösung von

Bundeskanzler Vranitzky von einigen seiner eigenen Leuten gefordert wird, sicherlich zu dem Desaster mitbeigetragen. Der hauchdünne Zuwachs gibt der ÖVP hingegen auch keinen Grund zum Auftrumpfen, denn die Parteiverdrossenheit, von der Jörg Haider profitiert, ist von den beiden großen Parteien teilweise selbst verschuldet. Im übrigen ist Österreich derzeit nicht weniger schwer regierbar wie sein Nachbar Deutschland - das ist die Stunde der Populisten vom Schlage Haiders. Er schafft - rechts - nichts anderes, als das in Teilen Deutschlands - links - die PDS betreibt. Am österreichischen Ergebnis zeigt sich, daß Protestwähler nicht in politischen Koordinaten denken. Wie hätte sonst der Zug früherer roter Wähler zur FPÖ erklärt werden können?

Grund zum Nachdenken über Österreich hinaus gibt die Tatsache, daß Europafeindlichkeit zu einem guten Teil Haiders Rezept war. Die starken Europabekenntnisse der anderen Parteien konnten die Enttäuschung bei einer Mehrheit der österreichischen Wähler über die Konsequenzen des Beitritts nicht kompensieren. Umso wichtiger ist es, auch in anderen Ländern und vor allem bei den Beitrittskandidaten besser zu verdeutlichen, was der Zusammenschluß an Positivem bringt. Nicht zuletzt aber müssen die politisch Verantwortlichen im Rat sich darüber Gedanken machen, wie das Negativeuropa - sprich: Subventionsdschungel, Eurokratie - verbessert werden kann.

Klaus-Henning Rosen

FPÖ-Erfolge

Wien - Bei den am 13. Oktober zeitgleich stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament und Wiener Kommunal- bzw. Landesparlament holten die rechtsgerichteten „Freiheitlichen“ des Jörg Haider ihr bislang bestes Ergebnis. Landesweit erzielten sie bei der Europawahl 27,6 Prozent (Parlamentswahlen vom Dezember 1995: 21,9 Prozent) und entsenden künftig sechs Abgeordnete nach Brüssel. In Wien legte die FPÖ im Vergleich zu den Kommunalwahlen von 1991 (22,6 Prozent) um 5,3 Punkte zu und verfügt mit einem Ergebnis von 27,9 Prozent jetzt über 29 Mandate (bisher: 23).

HINWEIS

Bonn - Der Untersuchung von Ansätzen gegen kriminellen Mißbrauch moderner Informationstechnologie - u.a. durch Rechtsextremisten - war das Internet-Forum des Bundesinnenministerium gewidmet, dessen Tagungsergebnisse jetzt in der Reihe „Texte zur Inneren Sicherheit“ vorgelegt wurden. Hervorzuheben sind einführende Darlegungen von Prof. Ulrich Sieber zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit im Internet und von Werner J. Paul über technische und rechtliche Ansätze gegen kriminellen Mißbrauch.

Bezug: Bundesministerium des Innern, Ref.S 6, Graurheindorfer Straße 198, 53111 Bonn.

Ein geschäftstüchtiger Verleger

Die Staatsanwalt in Kiel führt derzeit umfangreiche Ermittlungen gegen den Verleger Dietmar Munier aus Martensrade (Kreis Plön). Seit nunmehr einem Jahr vertreibt der 42jährige in seinem Arndt-Verlag das Machwerk mit dem Titel „Dokumente polnischer Grausamkeiten“, ein nationalsozialistisches Pamphlet aus dem Jahr 1940, in dem reihenweise vermeintliche Verbrechen an Deutschen aufgeführt werden. In „Nation + Europa“ wird im Sinne des sich unschuldig gebenden Munier mit der Schlagzeile „Ist die Wahrheit verboten?“ dafür geworben.

Munier ist jedoch nicht nur als Verleger aktiv. Er macht auch durch Versand und Vertrieb mit der GmbH „Lesen und Schenken“ Kasse. Im August veranlaßte die Staatsanwaltschaft Kiel bei dieser GmbH eine Hausdurchsuchung. Beschlagnahmt wurden dabei Exemplare von „Grundlagen zur Zeitgeschichte“, 1994 von Germar Scheerer unter dem Pseudonym „Ernst Gauss“ herausgegeben. Bereits im März 1995 gab es diesbezüglich im Bundesgebiet Beschlagnahmungen und Ermittlungsverfahren. Vorwurf der Anklagebehörde: In dem Werk werde Volksverhetzung betrieben. Entsprechende Vorwürfe werden auch bei den Titeln „In Sachen Deutschland“ und „Wolfgesellschaft“ aus der Verlagsgruppe Berg (Starnberg) geprüft, die nun bei „Lesen und Schenken“ aus dem Verkehr gezogen wurden.

Pikante Autorenlesung

Während Munier sich weiter intensiv um seine deutsch-nationalen Interessen in und um Kaliningrad („Aktion Königsberg“) kümmert, wollen auch Autoren aus seinem Arndt-Verlag „Kasse machen“. So kam es jetzt in Neumünster zu einer Lesung in der Stadtbücherei mit Erika Morgenstern. Deren Veröffentlichung „Überleben war schwerer als Sterben“ paßte als Erstlingswerk in Muniers Verlagskonzept, so daß er es 1992 in sein Programm nahm. In dem Buch schildert die 1939 im damaligen Königsberg geborene Schriftstellerin, die seit Jahresbeginn in Neumünster wohnt, die Leiden der Vertreibung aus Ostpreußen durch die Russen. Während ihres Vortrags scheute sie sich auch nicht davor, ihr Geschichtsbild zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs kundzutun. Hitler habe nämlich lediglich auf polnische Provokationen und

Grenzverletzungen mit einem Militärschlag geantwortet, so Morgenstern sinngemäß bei der öffentlichen Veranstaltung in kommunalen Räumlichkeiten. Dieser Auftritt hat auch kommunalpolitische Folgen. Die Stadt und das Kulturdezernat sollen jetzt auf eine Große Anfrage zu dem Themenkomplex Literatur- und Literatenauswahl in der Stadtbücherei antworten. Fanden sich in der Ausleihe doch zuletzt massenhaft Bücher von David Irving, sowie Werke aus dem Druffel-Verlag bzw. von dem 1993 verstorbenen Hellmut Diwald, der bekanntlich seinerseits das Parteiprogramm der „Republikaner“ mit ausarbeitete.

Horst Freires

Blick in das Thule-Netz:

Unbotmäßige Kameraden

Thomas Hetzer alias „Alfred Tetzlaff“, Sysop der Mailbox Widerstand und Mitinitiator des Thule-Mailbox-Netzes, beklagt sich im Computerverbund über seine Gesinnungsfreunde: „Die meisten von diesen ‘Kameraden’ sind so dämlich, daß sie von Schweinen im Galopp gebissen werden. Wenn ich eine Liste der dümmsten Menschen, die mir in meinem bisherigen Leben über den Weg gelaufen sind, erstellen würde, so würden viele der mir persönlich bekannten (Neo-)Nazis darin eine herausragende Stellung einnehmen.“ Kai Dalek (Thule-Pseudonym „Undertaker“), zeitweilig einer der führenden Köpfe der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF) hat Hetzer deswegen inzwischen die Freundschaft gekündigt.

Über die Teilnahme „führender Vertreter der nationalen Bewegung“ auf der im Oktober in Essen durchgeführten sicherheitstechnischen Fachmesse SECURITY ‘96 berichtet im Computer-Netz ein „German Heidemann“. Dort hätten sich die Neonazis „über innovative Möglichkeiten des Selbstschutzes gegenüber dem politischen Gegner und staatlichen Repressionsmaßnahmen“ informieren können.

Hinter dem Pseudonym „Merkur“ im neonazistischen Thule-Netz verbirgt sich der NPD/JN-Multifunktionär Michael Prümmer. Dessen Homepage im INTERNET wurde zwischenzeitlich wegen Verbreitung „nationalsozialistischer Inhalt“ von American Online (AOL) gesperrt.

Kampf um Wort und Schrift

Der Rechten Muttersprache

Ultrarechte und Rechtsextremisten aller Schattierungen sehen die deutsche Sprache durch „Überfremdung“ bedroht. Auch in Österreich macht die Rechte mobil für den Erhalt der deutschen Sprache.

Bei der Deutschen Bundesbahn (DB) heißt die Jahreskarte der 1. Klasse „BahnCard first“, nächtliche Städtebummler zwischen Berlin und München sowie Berlin und Bonn reisen im „Intercity Night“, der Fernmeldedienst der Post heißt „Telekom-Service“ ... - beklagte die rechtsintellektuelle Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF v. 9. September 1994).

Ganzseitig wird über die „Überfremdung des Deutschen“ und den „Verlust der Sprache“ lamentiert: „Eine Sprache, die ganze Lebensbereiche fast widerstandslos einer fremden Sprache überläßt, gibt sich auf“. Gerne druckte die JF deshalb auch die Anzeige zur Gründung einer „deutschen Sprachgemeinschaft“ ab, um im „Kampf gegen die künstliche Amerikanisierung der deutschen Sprache“ ein Zeichen zu setzen.

Beachtung fand die angekündigte Gründung einer „deutschen Sprachgemeinschaft“ auch im neonationalsozialistischen Mailboxnetz Thule. Dort heißt es lapidar: „Verwenden wir also unsere Muttersprache, solange wir sie noch verwenden können und dies auch noch dürfen.“ (17. April 1995)

Daß Ultrarechte und Rechtsextremisten jeglicher Couleur seit Jahr und Tag den Schutz von „deutscher Schrift und Sprache“ propagieren, ist eigentlich nichts Besonderes. Doch seit dem Vereinigungsprozeß der beiden deutschen Staaten erlebt dieses Thema regelrecht einen Boom.

Den NS-apologetischen „Huttenbriefen für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht“, das Organ des „Freundeskreises Ulrich von Hutten e.V.“, gilt „die Macht der Sprache als Hort der Volksseele“ (Dezember 1993), in den „Lebensschutz-Informationen“ (LSI; Nr. 5/94) des braungefärbten „Weltbundes zum Schutz des Lebens“ (WSL) wird Deutsch als „die Sprache der Zukunft“ angepriesen, ebenso in „Recht und Wahrheit“ (RuW; Nr. 9-10/1994), einer Zweimonatsschrift die der nach Spanien geflüchtete Nazi-Generalmajor Otto Ernst

Remer ins Leben gerufen hat. Die „Deutsche Wochenzeitung“ aus dem Presse- u. Politimperium des Gerhard Frey, Bundesvorsitzender der „Deutschen Volksunion“ (DVU), sieht gar das Ende unserer Sprache“ gekommen (25. November 1994): „Die Überfremdung unserer Sprache ist (...) kein Thema >der heutigen Jugend<, sondern sie zieht sich durch die gesamte Gesellschaft und ist schon viel, viel weiter fortgeschritten, als wir es vielleicht manchmal wahrhaben wollen.“ In die gleiche Kerbe schlägt JF-Autor Hartwig Wilde in den „Deutschen Annalen 1995“, dem „Jahrbuch des Nationalgeschehens“, das vom Druffel-Verlag (= VGB Verlagsgesellschaft Berg GmbH) herausgegeben wird. Wilde will der „Überfremdung des Deutschen“ auf breitester Front begegnen: „Was also ist zu tun? Ein erster Schritt wäre die Gründung einer deutschen Sprachakademie nach dem Vorbild der Academie Francaise, vor allem aber ein großes parteiübergreifendes Bündnis verantwortungsbewußter Politiker, Sprachwissenschaftler, einsichtiger Wirtschaftsführer, sprachbewußter Journalisten und seriöser Werbeagenturen, Männer und Frauen also, die erkannt haben, daß sich ein Volk als Kulturnation aufgibt, wenn es freiwillig darauf verzichtet, die täglich sich verändernde Welt mit eigenen Wörtern und Bildern zu benennen.“

„Hort der Volksseele“

Dies scheint der „Bund für deutsche Schrift und Sprache“, der an der Spitze dieser selbsternannten Gralshüter steht, ähnlich zu sehen. Zweck des Bundes, dem Einzelpersonen und juristische Personen als Mitglieder (Jahresbeitrag: 54 Mark) beitreten können, ist die „Pflege und Erhaltung der deutschen Schrift und Sprache“. Verwirklicht wird der Vereinszweck durch die Herausgabe der von „Nation+Europa“ (NE; 5/1995) empfohlenen Zeitschrift „Die deutsche Schrift“ (Untertitel: „Vierteljahreshefte zur Förderung der deutschen Sprache und Schrift“; Jahresbezugspreis ohne Mitgliedschaft: 44 Mark) sowie durch die Herstellung und den Vertrieb von Werbedrucksachen und Büchern zu den Sachgebieten „Deutsche Schrift“ und „Deutsche Sprache“.

Der aktuellen Ausgabe (3/1996; 120. Folge, 63. Jahrgang) ist zu entnehmen, daß der Verein 970 Mitglieder in seinen Reihen hat, während zugleich rund 1.500 Bezieher (Mai 1996) der Zeitschrift ausgewiesen werden. Regelmäßiger Leser der Vierteljahreshefte ist Konrad Hoffmann, Präsident der Phantasiegebilde „Vereinigte Länder des Deut-

schen Ostens im Deutschen Reich“ (VLDO) und der „Nationalversammlung des Deutschen Ostens“ (NDO).

Geführt wird der finanzkräftige Bund (Kassenstand am 31. Dezember 1995: 123.818 Mark) vom Studiendirektor a.D. Siegfried Brunow. Sitz des seit seiner Neugründung 1951 als gemeinnützig anerkannten Vereins ist Hannover (Geschäftsstelle im niedersächsischen Ahlhorn); bis zum 22. April 1989 firmierte man unter dem Namen „Bund für deutsche Schrift“.

Schuld der Siegermächte

In einer Werbebroschüre des Bundes, der seine Tradition auf den am 1. April 1918 gegründeten „Bund für deutsche Schrift“ zurückführt, wird dessen politisches Selbstverständnis „zwischen den Zeilen“ deutlich: „Wir Deutschen haben allen Grund, auf unsere Muttersprache stolz zu sein, in der schon im Mittelalter Werke von Weltrang verfaßt wurden.“ Diese ist nach Ansicht des Bundes heute bedroht: „Wie eine Seuche greift nun schon seit Jahrzehnten die Fremdwortsuche um sich. Bundesbahn und Bundespost führen laufend neue Fremd- und Dummwörter ein. Gesetz- und Verordnungsgeber tragen ebenso zur Sprachverwilderung bei wie Funk, Fernsehen, Zeitungsverleger und verantwortungslose Pädagogen. Geradezu ein Tummelplatz des Sprachmißbrauchs ist die Werbung. Und als ob plötzlich die Rechtschreibung schwieriger geworden wäre, wird von bestimmten Kreisen auf eine grundstürzende Änderung unserer Rechtschreibung hingearbeitet, obwohl (oder weil?) hiermit ein schwerwiegender Kulturbruch verbunden wäre.“

Folgerichtig tritt der Bund, dessen Flugblätter auch in SS-orientierten Kreisen nachgedruckt werden (z.B. „Leitheft“; Nr. 100) dafür ein, „die deutsche Sprache und die deutsche Schrift als zwei schöne Blumen im Garten der Volkskulturen zu pflegen und zu erhalten; denn eine Welteinheitskultur wäre trostlos und öde.“ Schuld an der „Überfremdung“ des deutschen Sprach- und Wortschatzes tragen nach Auffassung des germanophilen Bundes, der alljährlich bei der Frankfurter Buchmesse (in diesem Jahr warb man engagiert für PC-Programme mit Fraktur-Schrift) vertreten ist, die Siegermächte des 2. Weltkrieges: „Die deutsche Niederlage des Jahres 1945 wirkte sich u.a. auch auf die deutsche Sprache verheerend aus; denn die Sieger und die in ihrem Sinne handelnden Kräfte legten naturgemäß keinerlei Wert darauf, die deutsche Sprache als

eine der deutschen Eigenarten zu pflegen und zu erhalten, da sie annehmen konnten, die Pflege deutscher Werte würde zu einem Erstarken des deutschen Selbstbewußtseins führen. Aus diesem Grunde sind Liberalismus, Internationalismus, Völker- und Rassenvermischung gefragt.“

Ein Blick in die Vorstandsliste des „Bundes für deutsche Schrift und Sprache“ läßt den rechtsextremistischen Hintergrund offensichtlich werden. Im Vorstand vertreten ist u.a. Wieland Soyka-Körner vom Bremer „Faksimile“-Verlag. Spezialisiert hat sich der Verlag auf den Reprint-Druck von Büchern und Broschüren, die meist aus dem völkisch-antisemitischen Spektrum der Weimarer Republik stammen. Dabei arbeitet der „Faksimile“-Verlag unter dem Deckmantel des Anspruchs, Geschichte zu dokumentieren.

Mitglied des Bundes ist auch der Chemnitzer Michael Horn, den „zunehmend die Sorge über die schleichende Verdrängung unserer Muttersprache“ (Frieden 2000, 1-2/96) umtreibt. Horn ist zugleich Regionalbeauftragter der „Deutschland-Bewegung“ des Nationalisten Alfred Mechttersheimer.

„Nivellierung durch Anglisierung“

Auch in Österreich sorgt man sich um die „deutsche Schrift und Sprache“. Führend tätig ist der „Verein >Muttersprache< Wien“, der Hand in Hand mit dem „Bund für deutsche Schrift und Sprache“ zusammenarbeitet. Publizistischer Ableger des Vereins sind die „Wiener Sprachblätter“, von „Nation+Europa“ (10/1996) ihrer Leserschaft empfohlen. Übernommen werden darin geäußerte Gedanken auch in den „Mitteilungen“ der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GFP; 3/1995).

Die ultrarechte österreichische Monatszeitschrift „Aula“ griff vor zwei Jahren in ihrer Dezember-Ausgabe das Thema „Muttersprache“ auf. Dazu die Redaktion: „Überaus profund widmet sich der diesmalige Schwerpunkt der AULA dem Thema Sprache. Wenn dafür der Titel >Deutsch light< gewählt wurde, so um provokativ darauf aufmerksam zu machen, wie sehr unsere Muttersprache durch Anglizismus, sozusagen durch geistige Überfremdung gefährdet ist. Dies wird vielleicht eine der zentralen intellektuellen Herausforderungen der kommenden Jahre sein: Wie weit wird sich die deutsche Sprache und damit deutsches Denken, deutsche Kulturleistung in allen Staaten deutscher Muttersprache im Rahmen des neuen Europas als

überlebensfähig erweisen? Wird deutsch zur neuen lingua franca für Osteuropa? Wird es zur dritten Arbeitssprache in der Europäischen Union? Oder werden all jene Tendenzen, die in diese Richtung laufen, durch die Selbstaufgabe der deutschen Sprache bzw. ihrer Träger und durch eine Nivellierung, die im wesentlichen aus Anglisierung besteht, hinfällig gemacht?“

Im „Eckartboten“ (Oktober 1994), dem Organ der „Österreichischen Landsmannschaft“, die sich selbst als „Schutzverein für die Altösterreicher deutscher Muttersprache in unseren Nachbarländern“ versteht, wurde die Veröffentlichung eines Buches mit dem Titel „>Faszination Deutsch<. Die Wiederentdeckung einer Sprache für Europa“

(Langen Müller) positiv aufgenommen. Regelmäßig wird in dem Blatt gegen eine vorgebliche „Sprachbarbarei“ gewettert; so auch in der März-Ausgabe 1995 („Gegen die Verunglimpfung unserer Muttersprache“): „Wenn wir mit der Sprachbarbarei (..) fortfahren, können wir unsere Wesensart bald unter der geistlos pöbelhaften Oberflächlichkeit (..) (der) massenmedialen >Schönen Neuen Welt< begraben. Wir sind unserer Tradition verpflichtet und dürfen die Muttersprache, dieses teure, ererbte Gut, nicht ganz verwahrlosen lassen. Unsere Volksvertreter sowie Presse und Rundfunk sollten beispielgebend für rechte Sprache sein, Bewahrer, und nicht Totengräber unserer Kultur.“

Anton Maegerle

„Graue Wölfe“

Berlin. Vom Allgemeinen Studierendenausschuß (ASTA) der Technischen Universität Berlin erschien in diesen Tagen die Broschüre „Türkischer Nationalismus & Graue Wölfe“. In den letzten Jahren erfuhren die „Grauen Wölfe“ eine Renaissance, vor allem unter den im europäischen Ausland lebenden jungen Türken. Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre waren die „Grauen Wölfe“ bereits einmal Gegenstand einer politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik. Zwischenzeitlich kaum mehr beachtet, erfährt der in zahlreichen Kultur- und Idealistenvereinen organisierte türkische Rechtsextremismus gegenwärtig wieder verstärkten Zulauf in der Bundesrepublik. Die 32 Seiten starke Broschüre informiert, wenn auch nicht fehlerfrei und nur in groben Zügen, über Hintergründe, Ideologie, Historie und Aktivitäten der „Grauen Wölfe“. Die in der „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.“ (ADÜTDF) seit 1976 organisierten „Grauen Wölfe“ vertreten die politischen Ziele der „Nationalen Aktionspartei“ (MHP). Rund 6000 Personen sind bundesweit, so offizielle Angaben des Verfassungsschutzes, in der ADÜTDF organisiert, Tendenz wieder steigend. Vorsitzender der türkischen MHP ist der 79jährige Oberst a.D. Alparslan Türkeş. Im Dezember vergangenen Jahres scheitert die MHP an der 10%-Hürde bei der türkischen Parlamentswahl.

Die Broschüre ist erhältlich zum Preis von DM 2,- beim ASTA der TU Berlin, Antifa-Referat, Marchstraße 6 in 10623 Berlin.

VERANSTALTUNGSHINWEISE

Bergneustadt - Die Alfred-Nau-Akademie bietet vom 11. bis zum 15. November 1996 in Bergneustadt ein Bildungsurlaubsseminar an, in dem „Aktives und offensives Argumentieren gegen Rechtsextremismus“ erlernt werden kann. Der Preis beträgt DM 130,—.

Nähere Informationen bei: Alfred-Nau-Akademie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Tel. 02261 / 4641, Fax. - / 4610.

Bielefeld - Die Naturfreundejugend NRW lädt vom 6. bis 8. Dezember zu einem Seminar über „Ökologie von Rechts“ ein. Auf dem Programm stehen u.a. Diskussionen und eine Besichtigung der Überreste des ehemaligen KZ Neuengamme. Auskünfte und Anmeldungen bei: Naturfreundejugend, Landesverband Teutoburger Wald/Weserbergland, Herforder Straße 242, 33609 Bielefeld, Tel./Fax. 0521 / 32133.

Flensburg - Die Akademie Sankelmark im Deutschen Grenzverein (Kreis Schleswig-Flensburg) führt in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung in Schleswig-Holstein vom 15. bis 17. November ein Seminar unter dem Titel „Rot-braune Allianzen, Rechtsextremismus in Osteuropa“ durch.

Anmeldungen und Anfragen sind zu richten an die Akademie Sankelmark, 24988 Sankelmark, Tel. 04630 / 550.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Rechtsextremistische Periodika in 1996

„Nation+Europa“ 10/96 sowie „Junge Freiheit“ 40-43/96:

„Nation+Europa“(NE) -46.Jg. - 10/96;
Das Heft wartet wieder mit der wohl nicht die Erfolglosigkeit der extremen Rechten zu erklärenden motzig nöligen Art auf, das wird beispielweise deutlich an der Berichterstattung über die Entgleisung auf dem Vertriebenenkongreß oder beim Fußballspiel in Zabrze/Hindenburg („als zynisch empfundenes Transparent mit der Aufschrift >Schindler-Juden, wir grüßen Euch<“). Im übrigen werden abgehandelt alte Themen („Wieviel Überfremdung verträgt Europa?“/dies auch das Thema des Heftes/ferner Europavorbehalte). Franz Schönhuber verkündet als sein neues Motto, „der Liberalismus ist der Krebschaden unseres Jahrhunderts, der Fundamentalismus die Heilung“ und nimmt für seine Klagen über angebliche „political correctnes“(sic!) Thomas Mann in Anspruch. Beim Bericht über die Eurorechte in Deutschland überwiegen die durch den Parteitag der „Republikaner“ widerlegten kritischen Anmerkungen über den alten und neuen REP-Vorsitzenden Rolf Schlierer und die Sympathiebekundungen für seinen Konkurrenten Krause. Über die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ wird berichtet, sie wolle ihren Parteistatus ablegen. Ungebrochen ist die Welle zur Gründung neuer Einigungsinitiativen, so eine „Initiative Pro Deutschland“ im Berliner Raum, ferner Freundeskreise Franz Schönhuber. Rolf Kosiek nimmt den Fall Priebke zum Anlaß, mit der „politischen Justiz“ abzurechnen.

„Junge Freiheit“(JF) - 11.Jg.;

Ein wohlwollendes Portrait findet sich über den „Nationalrevolutionär“ Wolfgang Venohr (40/96). Im Rahmen der jetzt auch von der JF verfolgten Anti-Antifa-Strategie wird diesmal das DISS (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung“ akribisch unter die Lupe genommen. Verbissen versucht man, dem DISS wegen oder trotz seiner politischen Orientierung wissenschaftliche Seriosität abzusprechen. Angekündigt ist im übrigen, demnächst auch die PDS-Politikerin Ulla Jelpke ins Visier zu nehmen (40/96). Auf der Wirtschaftsseite der JF befaßt sich ein Beitrag

mit arbeitspolitischen Maßnahmen. ABM-Stellen sind danach überflüssig, weil sowieso hauptsächlich für Ökogärten, Lesben-Bibliotheken und Gefangenenzeiten eingesetzt und andererseits kontraproduktiv für den ersten Arbeitsmarkt. Als Argument gegen die deutsch-tschechische Erklärung werden von tschechischen Partisanen an Deutschen begangene Greuel angeführt, selbstredend gelten diese Einwände nicht umgekehrt und für die richtige Reihenfolge (40/96). Klage über die Vertriebenenverbände, die heute auch nicht mehr das sein dürften, was sie einmal waren (41/96). Als „Geheimtip“ wird die Harald-Schmidt-Show empfohlen, die nicht von PC (= Political Correctness) durchgezogen sei - gilt wohl für die JF als nonkonformistisch. In Spanien werden angeblich die von deutscher Seite eingezahlten Milliardenbeträge für die EU mißbräuchlich verwendet (41/96). Alfred Schickel wettert gegen eine „Pauschalverdammung“ des deutschen Volkes, wie sie durch die Goldhagen-Debatte und die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht quasi wieder entstanden sein soll. Klaus Motschmann rechnet mit der Evangelischen Kirche ab, der er vorwirft, einseitig die Verbrechen des Dritten Reichs zu thematisieren (41/96). Wohlwollend die Berichterstattung über den REP-Parteitag in Hannover und die Entwicklung der Partei unter dem Vorsitz von Rolf Schlierer. Nicht müde wird JF-Chefredakteur Dieter Stein herzuheben, daß mit Hans Hirzel ein Widerstandskämpfer gegen das Dritte Reich im REP-Bundesvorstand sitzt (42/96). Des weiteren ein Veranstaltungsbericht über das deutschtümelnde Spektakel vom 3. Oktober am Kyffhäuser durch das „Bündnis Konstruktiver Kräfte“, bei dem der Bonner Anti-Antifa-Spezialist Hans-Helmuth Knütter die Festrede hielt. Nochmals im Visier das DISS (s.o.), diesmal mit Informationen über dessen Geldgeber (42/96). Die Union ist gleich zweifach vertreten in der nächsten Ausgabe. Das Hamburger JU-Mitglied Alexander Voss lamentiert auf der Titelseite über den Zustand seiner Organisation, Josef Göppel, bayerischer CSU-Landtagsabgeordneter stellt sich als JF-Interviewpartner (43/96). Groß bejubelt wird das Spitzenenergebnis der „Freiheitlichen“ des Jörg Haider bei den jüngsten Wahlen in Österreich. Mit Häme berichtet die JF über die Auseinandersetzungen in der Frankfurter CDU, deren Zielscheibe insbesondere Michel Friedmann war. Dem wegen seiner Abrechnung mit Goldhagen in die Kritik geratenen Peter Gauweiler springt die JF gerne zur Seite und bekräftigt dessen Position (43/96).

Rechte Eidgenossen

Die Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz (GMS) und die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) haben unlängst einen 150 Seiten umfassenden Band mit dem Titel „Rassistische Vorfälle in der Schweiz“ vorgelegt. Autor der Dokumentation ist der Schweizer Journalist und Rechtsextremismus-Experte Hans Stutz. Besonders empfehlenswert für bundesdeutsche Leser ist der knappe, detaillierte Überblick über die rechtsextreme Szene in der Schweiz, der im folgenden dargestellt wird:.

Danach konnte die nationalistische Rechte (Freiheitspartei, vormals Autopartei und die Schweizer Demokraten) bei Parlamentswahlen zwar nicht zulegen. Sie gewinnt jedoch immer wieder bei Referendumsabstimmungen, sei es in den Gemeinden oder Kantonen oder im Bund.

Zusammengebrochen sind die verschiedenen Deutschschweizer Fronten, die Ende der 80er Jahren entstanden waren, beispielsweise die Nationale Jugend Schweiz, die Neue Nationale Front (NNF) und die Neue Front, die Wiking-Jugend Schweiz und die Patriotische Front. Nur Marcel Strebel, der einstige Anführer der Patriotischen Front, sowie Roger Wüthrich, Mitbegründer der Wiking-Jugend Schweiz, treten noch gelegentlich unrühmlich auf.

Die neonazistische Skinhead-Szene hat in den vergangenen Jahren gefestigte Strukturen aufgebaut. Eine führende Rolle spielen die Anfang der 90er Jahre gegründeten Hammer-Skinheads (SHS). Andere Skin-Organisationen, wie die Rechtstfront Olten, die Rechtsradikale Mutschellenfront (RMF) und die seit 1991 in Neuenburg bestehende Parti Nationaliste Suisse et Europeen (PNSE) sind mehr oder weniger in die SHS aufgegangen. Ebenfalls zum SHS-Umfeld gehören der im Frühling 1995 gegründete Patriotische Ostflügel (P.O.F.) und die Organisation Bern, des weiteren die Skin-Gruppe Morgenstern aus dem Raum Sempach/Kanton Luzern.

Als besonders eifrig gilt die kleine Gruppe der Schweizer Holocaust-Leugner. So gab die Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der Zeitgeschichte (AEZ; vormals Arbeitsgemeinschaft zur Enttabuisierung der Zeitgeschichte) auch 1995 mehrere Num-

mern ihrer Zeitschrift „Aurora“ heraus. Um der Verfolgung durch die Antirassismus-Strafnorm zu entgehen, hat sich der Avalon-Kreis, Anfang der 90er Jahre von Roger Wüthrich gegründet, in den privaten Bereich zurückgezogen. Der Kreis, der rund 100 Mitglieder zählt, darunter den Berner Journalisten Achmed Huber, trifft sich mehrmals jährlich zu Diskussionen.

Weiterhin aktiv ist auch der Winterthurer Jurist und Alt-Nazi Max Wahl, der in der Bundesrepublik wegen Volksverhetzung rechtskräftig verurteilt ist. Unmittelbar seit Einstellung seines Blattes „Eidgenoss“ verschickt er wieder gedruckte „Notizen“ an den „engsten Kreis ehemaliger >Eidgenoss<-Abonnenten mit der Absicht, die kameradschaftlich-gewerbliche Brücke zu unserem Buchversand aufrechtzuerhalten.“ In Wahls Bücherangebot ist unter anderem der antisemitische Nazi-Klassiker „Rassenkunde des jüdischen Volkes“ von Hans F.K. Günther enthalten.

Seit nunmehr über 40 Jahren erscheint das Blättchen „Courrier du continent“ des Lausanner Holocaust-Leugners Gaston Armand Amaudruz. Der Gesinnungskamerad des flüchtigen bundesdeutschen Altnazis Thies Christophersen hetzt in jeder Nummer gegen Einwanderer, Schwarze, Schwule, Linke und Juden. Das hektographierte Blättchen gibt zahlreiche einschlägige Hinweise auf Literatur.

In Genf erscheint seit Sommer 1994 die deutschsprachige Zeitschrift „Euronews“, die antisemitisch genährte Verschwörungphantasien verbreitet. Herausgeber des Blattes ist ein Alfred Künzli.

Ihr einjähriges Bestehen konnte im Juni dieses Jahres die Zeitschrift „Recht + Freiheit“ von Ernst Indlekofer feiern. Dieser war im Sommer 1994 Co-Präsident des gegen die Antirassismus-Strafnorm ankämpfenden Komitees um Emil Rahm, seit über 30 Jahren Herausgeber der Memo-Press. Herausgegeben wird „Recht + Freiheit“ vom „Presseclub Schweiz“, dem als Aktivmitglied auch der Basler Holocaust-Leugner Jürgen Graf angehört.

Friedrich Klein

(Die Dokumentation „Rassistische Vorfälle in der Schweiz“ ist erhältlich bei der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus, Schweizergasse 6, CH-8001 Zürich.)

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten

BÜCHERSCHAU

**Kontroverse
Forschung**

Das seit Beginn der neunziger Jahre verstärkte Aufkommen des Rechtsextremismus motivierte auch in der wissenschaftlichen Forschung zahlreiche Analysen und Studien, die, von unterschiedlichen inhaltlichen und methodischen Gesichtspunkten ausgehend, Erklärungsmodelle für dieses politische Phänomen geben wollten. Der Potsdamer Politologe Christoph Butterwegge will mit seiner Arbeit „Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt“ einen Überblick zu dieser besonderen wissenschaftlichen Wahrnehmung liefern. Ihm geht es also nicht um die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, sondern um dessen wissenschaftliche Wahrnehmung und Interpretation. Dabei weist er auch auf die gesellschaftstheoretische Unterentwicklung der meisten Forschungsansätze und das Fehlen einer akademischen Institutionalisierung der Rechtsextremismusforschung hin.

Nach der Erörterung begrifflicher und theoretischer Grundlagen beschreibt Butterwegge die Geschichte der Rechtsextremismusforschung nach 1945, wobei insbesondere der Diskussion über den Rechtsextremismus in Ostdeutschland nach der Wende besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Dem folgen Ausführungen zu den Hauptrichtungen der neueren Rechtsextremismuskritik mit Ausführungen zu den verschiedenen Erklärungsansätzen wie der Extremismustheorie, dem Modernisierungsoffer-Ansatz, dem Verständnis von Rechtsextremismus als sozialer Protestbewegung, feministischen Erklärungsansätzen und den Zusammenhängen mit der politischen Kultur im vereinten Deutschland. Gesonderte Abschnitte in diesem Kapitel sind den Rassismustheorien und den Besonderheiten des deutschen Nationalismus gewidmet.

Butterwegges Darstellung kommt zweifellos das Verdienst zu, den komplizierten wissenschaftlichen Diskussions- und Forschungs-

verlauf aufgearbeitet und systematisch dargestellt zu haben. So erhält man einen informativen Überblick zum Stand der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Daß der Autor in der Diskussion selbst parteiisch im Sinne seines eigenen Ansatzes - sowohl politischer wie wissenschaftlicher Art - ist, kann nicht unbedingt als kritikwürdig gelten. Butterwegge vermischt allerdings allzu häufig Darstellung und Kritik, wobei es mitunter zur verzerrten Darstellung der von ihm abgelehnten Ansätze kommt. Dies gilt insbesondere für die Darstellung der Extremismustheorie, wo er häufig pauschale Verdammungsurteile ausspricht, ohne sie genauer zu belegen. Hinzu kommt, daß der Autor in diesem Zusammenhang formulierte Ansätze, die die vorhandene Kritik konstruktiv aufgegriffen haben, unberücksichtigt läßt - und er es sich in diesen Fällen all zu einfach macht.

Bei den abgelehnten und kritisierten Erklärungsmodellen erwähnt Butterwegge auch politische Faktoren, etwa wenn er von dem „politischen Verwertungsinteresse“ (S. 76) der Totalitarismusforschung spricht. Sicherlich mag es solche geben, sie müssen aber dann für alle - auch von ihm selbst vertretene Ansätze - benannt werden, soll keine einseitige Darstellung erfolgen. Auch verhält sich der Autor gegenüber bestimmten Erklärungsmodellen all zu unkritisch, etwa gegenüber den Diskurs-Analysen rassistischer Äußerungen, die von einem undifferenziert weit gefaßten Rassismus-Begriff ausgehen und daher häufig nur zu Pauschal-Aussagen kommen. Diese Kritik kann und will nicht den zweifellos hohen Informationsgehalt des Bandes leugnen: Er eignet sich - angesichts des Mangels an ähnlichen Studien - durchaus für einen Überblick zu Forschungskontroversen, allerdings nicht bezüglich einer eigentlich notwendigen Trennung von Darstellung und Bewertung der Erklärungsmodelle.

Armin-Pfahl-Traugher

Christoph Butterwegge, Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996 (Primus Verlag), 239 S., 39,80 DM.

Tagebuch

Bad Kissingen/München - Auf einer Vorstandssitzung benannte der Bundesvorstand des „Bund Freier Bürger - Die Freiheitlichen“ (BFB-F) jüngst, so der in Bad Kissingen erscheinende „DeutschlandBrief“, den Oberst a.D. Ulrich Quanten zum BFB-Beauftragten für die Bundeswehr und für die Reservisten- und Soldatenverbände. Weiterhin hat der BFB-Bundesvorstand den Staatsrechtler Professor Dr. Hans-Heinrich Rupp zum ersten BFB-Ehrenmitglied ernannt. Rupp gehörte als BFB-Mitbegründer von 1994 bis zum letzten Parteitag 1996 dem Bundesvorstand als Beisitzer des Präsidiums an. Während zahlreiche BFB-Funktionäre der ersten Stunde, darunter die Ökonomie-Professoren Karl Albrecht Schachtschneider und Joachim Starbatty, die Brunner-Truppe inzwischen verlassen haben, wurde Rupp für sein Beharrungsvermögen nun parteiintern geehrt. In der aktuellen Ausgabe des „DeutschlandBrief“ wird außerdem für die revisionistischen Titel „Unternehmen Barbarossa - Deutsche und sowjetische Angriffspläne 1940/41“ geworben.

Barcelona/Spainien - Alte Ausgabe der Schriftenreihe „Kritik - Die Stimme des Volkes“, 1971 von dem Nazi Thies Christophersen gegründet, sind ab sofort bei der „Buchhandlung Europa“ im spanischen Barcelona beziehbar. Dies meldet die neonazistische Postille „Courrier du Continent“ (Untertitel: Bulletin du Nouvel Ordre European) des Schweizers G.-A. Amaudruz. Der flüchtige Christophersen selbst soll in Spanien untergetaucht sein.

Buenos Aires (Argentinien) - Auf dem größten jüdischen Friedhof in Argentinien, La Tablada in Buenos Aires, wurden nach Agenturmeldungen Mitte Oktober rund 100 Gräber geschändet. Bereits in den Wochen zuvor gab es zwei Fälle von antisemitischer Grabschändung auf dem Friedhof in Córdoba.

Dachau/München - Ausgerechnet in der „Deutschen National-Zeitung“ (Ausgabe 43/96) hat die Kreisstadt Dachau eine Stellenanzeige für eine(n) Kulturamtsleiter/in aufgegeben. Die Frey-Gazette hat die Anzeige denn auch gleich passend platziert in der Rubrik „Unbewältigte Vergangenheit“ neben ihrer in 16. Folge erscheinenden Hetzserie über den „Dachau-Schwindel“ untergebracht.

Essen/Hamburg - Nach einer Meldung des „Spiegel“ (21.10.1996) hat der türkische Rechtsextremist Alparslan Türkeş (79), Vorsitzender der „Partei der nationalen Bewegung“ (MHP), seine in Deutschland lebenden Anhänger dazu aufgefordert, „Mitglieder der politischen Parteien“ zu werden und die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen. Die auch als „Graue Wölfe“ bekannten türkischen Ultranationalisten sollten dabei verstärkt in die CDU eintreten, da die rechtsextremen Parteien, wie „Republikaner“ oder NPD zu „einflußlos und zu negativ gegenüber Türken eingestellt“ seien.

Graz (Österreich) - Beim Grazer Leopold Stocker Verlag ist dieser Tage das Buch „Chronik Südtirol“ von Otto Scrinzi, von 1966 bis 1979 außenpolitischer sowie Südtirolsprecher der FPÖ und heute Funktionär des neonationalsozialistischen „Kulturwerkes Österreich“, erschienen. Einen „völkerrechtlichen Beitrag“ hat Werner Pfeifenberger, Politikprofessor am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Münster, beigezeichnet. Pfeifenberger ist selbst Referent beim „Kulturwerk Österreich“, das 1992 als Abspaltung vom „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG) gegründet wurde. Das „Kulturwerk Österreich“ zählt nach Angaben des österreichischen Bundesministeriums für Inneres zu jenen rechtsextremen Vereinen, die unter dem Deckmantel der Legalität agieren und als Vorfeld- und Umfeldorganisation der NS-orientierten Szene fungieren. Gerngesehener Referent ist Pfeifenberger auch beim „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM) und beim rassistischen „Hilfskomitee Südliches Afrika“ (HSA).

Leipzig - Die sächsische NPD unter ihrem Landesvorsitzenden Torsten Keil (27) scheint an Aufwind zu gewinnen. Nach eigenen Angaben soll sie allein in Leipzig mittlerweile über 113 Mitglieder verfügen. Für den Berichtszeitraum 1995 hatte der aktuelle sächsische Verfassungsschutz noch die Mitgliederzahl für das gesamte Bundesland mit rund 200 beziffert.

Leipzig/Hamburg/Dresden - In der aktuellen Ausgabe des neurechten Informationsdienstes „DESG-inform“ findet sich ein ausführlicher Bericht über den rechtslastigen „Hofgeismarer Kreis“. Das neue Positionspapier des an Ostern 1992 von sächsischen jungen „Sozialdemokraten“ gegründeten „Hofgeismarer Kreis“ verbreiten neben „DESG-inform“ auch die „Nachrichten für die Deutschland-Bewegung“ von „Frieden 2000“.

Die Hofgeismarer haben den 24jährigen Sascha Jung aus Leipzig (vgl. BNR 4/95) erneut zum Vorsitzenden gewählt. Stellvertreter wurden Harald Heinze, Leipzig und Christian Böttger, Berlin. Schatzmeister bleibt Heiko Oßwald, als Beisitzer fungieren Rocco Eisebith, Leipzig, Jans Fritzsche und Peter Russig, Dresden.

Sascha Jung referierte im vergangenen Jahr vor der rechtsextremen „Freien Sommeruniversität“ zum Thema „Der deutsche Gedanke in der Sozialdemokratie bis Kurt Schumacher“. Am 18. Oktober war Jung als Referent bei den Dresdner Freitagsgesprächen angekündigt. Führender Kopf der Freitagsgespräche ist der DSU-Funktionär Hans-Holger Malcomeß, ehemals Aktivist der rechtsextremistischen Wiking-Jugend, Gau Sachsen. Referenten bei den Freitagsgesprächen waren bisher neben anderen Alfred Mechersheimer und Ulrich Kopp.

Lippstadt/Niedersachsen - Mittels Postwurfsendungen führt die „Christliche Mitte“ (CM; Bundesgeschäftsstelle: Lippstadt) eine „Bürger-Befragung“ zum Thema „Wollen Sie ein islamisches Deutschland?“ durch. In äußerst primitivem Stil wird apokalyptisch „die Islamisierung Deutschlands“ an die Wand gemalt. Moslems, so die CM, seien „verpflichtet“, Christen „auszurotten“. Aktivist der CM war auch der 22jährige Sascha Wellmann, der im Mai dieses Jahres vom Bochumer Landgericht wegen Herstellens von chemischen Kampfstoffen zu neun Monaten Haft verurteilt wurde. Wellmann hetzte in einem CM-Werbespot bei der letzten Bundestagswahl gegen Befürworter von Schwangerschaftsunterbrechungen.

Ludwigshafen - Das Amtsgericht Ludwigshafen verurteilte am 15. Oktober drei Skinheads wegen schwerer gemeinsamer Körperverletzung zu mehrmonatigen Haftstrafen. Die drei hatten zusammen mit dem 27jährigen Neonazi Christian Hehl, gegen ihn wird getrennt verhandelt, am zweiten Weihnachtsfeiertag des vergangenen Jahres mehrere Mitglieder der lokalen autonomen Szene in einer Speyrer Gaststätte tätlich angegriffen. Die vier Skins waren zuvor durch einen Anruf in die Gaststätte bestellt worden. Der 24jährige einschlägig vorbestrafte Ralf Schütthelm, Speyer, wurde zu sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt, da der Vorfall während der Bewährungszeit einer Verurteilung wegen eines Betäubungsmitteldeliktes geschah. Die beiden Heranwachsenden Andreas S. (18) und Michael S.-V. (19) erhielten jeweils eine sechsmonatige Jugendstrafe mit zweijähriger Bewährung.

München - Die von Otto Schaile via Kleinanzeige („Wir bitten alle denkfähigen Landsleute um Zustimmung“) in verschiedenen Tageszeitungen angekündigte rechtslastige „Franz-Josef-Strauß-Union“ wird es vorerst nicht geben. Das Landgericht München I untersagte am 8. Oktober dem rechtsradikalen Publizisten die Benutzung des Namens des 1988 verstorbenen ehemaligen CSU-Vorsitzenden Strauß. Die Kinder des früheren bayerischen Ministerpräsidenten hatten wegen Mißbrauch des Namens Strauß geklagt. Die Richter verpflichteten den ehemaligen Herausgeber der „Deutschen Arbeiterzeitung“ bei Androhung eines Ordnungsgeldes bis zu 50.000 DM, den Namen oder die Initialen von Franz Josef Strauß nicht mehr für seine politischen Zwecke zu verwenden. Schaile betätigte sich anlässlich der Bundestagswahl 1994 als Wahlkampfhelfer der Partei „Die Republikaner“. Per Anzeige forderte er im Vorfeld der Bundestagswahl in mehreren bayerischen Zeitungen dazu auf, mit der Zweitstimme für die REP zu votieren. Über die „Deutsche Arbeiterzeitung - Stimme der Wahrheit, Anwalt der Deutschen“ urteilte der rechte Informationsdienst „DESG-inform“. „Es handelt sich praktisch um eine Wahlkampfzeitung der Republikaner“.

München/Stuttgart -. Die bayerischen „Republikaner“ sind wieder einmal gescheitert, sich gegen ihre Einstufung als „rechtsextremistisch“ mit Hilfe des Gerichts zur Wehr zu setzen. Das Verwaltungsgericht München hat einen entsprechenden gegen das Innenministerium gerichteten Antrag der REP zurückgewiesen. Diesmal war u.a. die Person des Anfang Oktober neugewählten Bundesvorstandsmitglieds Otmar Wallner im Spiel. Das Innenministerium hatte Redezitate des bayerischen REP-Hardliners als Beleg für die rechtsextremistische Haltung der REP angeführt. Nach Ansicht des Verwaltungsgerichts ist die Bewertung der „Republikaner“ als rechtsextremistisch „nicht sachfremd“.

Der baden-württembergische REP-Landesvorstand hat vorerst beschlossen, keine weiteren Schritte gegen die Überwachung durch den Verfassungsschutz einzuleiten. Nach entsprechenden Anträgen der baden-württembergischen REP hatten das Verwaltungsgericht Stuttgart und der Verwaltungsgerechtshof Mannheim das Vorgehen der Behörden für rechtens erklärt, da bei der Partei verfassungswidrige Bestrebungen bestünden.

Starnberg - In der Ausgabe 9-10/1996 der zweimonatlich erscheinenden Publikation „Frieden

2000“, den „Nachrichten“ der von Alfred Mechttersheimer initiierten „Deutschland-Bewegung“ (Sitz: Starnberg), fordert dieser seinen Kameradenkreis zur Abkehr vom parteipolitischen Denken auf. Stattdessen will der selbsternannte Einigungsprophet der rechtsextremen Szene, „den wachsenden Protest in der Bevölkerung als Motor für die nationale Erneuerung, für den demokratischen Umbau der Republik“ nutzen. Käuflich erhältlich ist bei Mechttersheimer die Video-Dokumentation eines Vortrages, den er bei der Generalversammlung des rechtsextremen „Schulvereins zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V.“ gehalten hat; produziert wurde das VHS-Video vom verfassungsfeindlichen Kieler Arndt-Verlag. Angekündigt wird in „Frieden 2000“ auch die nächste Ausgabe des „Pressespiegel Innerer Frieden“ (Nr. 16), der u.a. die Termine 1996/97 der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ dokumentiert.

Stuttgart - Beim zweiten Wahlgang zur Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart am 10. November sind Rechtsextremisten wieder mit von der Partie. Antreten wollen wiederum Mario Meurer („Deutsche Freiheits- und Arbeiterpartei“), Günther Deckert (NPD) und der Neonazi Axel Heinzmann aus Tübingen. Nicht kandidieren wird zum zweiten Wahlgang Dieter Lieberwirth von den „Republikanern“, der beim ersten Wahlgang am 20. Oktober rund drei Prozent der Stimmen für sich verbuchen konnte.

Wahlkampf für den REP-Kandidaten betrieb auch der nationalistische „Friedensforscher“ Alfred Mechttersheimer, neuerdings strammer Anti-Antifa-Strategie. Auf einer Veranstaltung Mitte Oktober im Bad Canstatter Kursaal hatte Mechttersheimer vor rund 100 Zuhörern unverhohlen für den OB-Kandidaten Lieberwirth geworben.

Stuttgart/Baden-Baden - Das Landeskriminalamt (LKA) Baden-Württemberg fahndet aktuell nach dem KZ-Arzt Aribert Heim (am 28. Juni 1914 in Radkersburg/Österreich geboren). „Nach dem KZ-Arzt Josef Mengele ist er der meistgehaßte Nazi-Arzt“ - so Simon Wiesenthal. Wie die Behörde mitteilte, ist der Mediziner dringend verdächtig, im Jahre 1941 als SS-Lagerarzt des damaligen Konzentrationslagers Mauthausen zahlreiche Häftlinge durch Herzinjektionen mit Benzin oder Chlormagnesium ermordet zu haben. Ihm wird vorgeworfen, einige hundert Menschen - vor allem jüdische Häftlinge - bei vollem Bewußtsein vorsätzlich

Adresse:

getötet zu haben. „In einem Falle“, so die Begründung des Haftbefehls 1962, „habe er nach der Tötung dem Häftling den Kopf abgenommen, diesen ausgekocht und den präparierten Schädel auf seinem Schreibtisch aufgestellt“. Die Staatsanwaltschaft in Baden-Baden, wo der heute 82jährige Heim bis zu seiner Flucht 1962 gelebt hatte, hat eine Belohnung von 250.000 Mark für seine Ergreifung ausgesetzt.

Toronto (Kanada)/Antwerpen (Belgien) - „Ein weiterer Meilenstein wurde erreicht“ - jubiliert eine Mitarbeiterin des Holocaustleugners Ernst Zündel (Toronto/Kanada) im Internet. Abrufbar ist ab sofort der „Leuchter-Report“. In einigen Wochen soll „Das Rudolf Gutachten“ des nach Spanien geflüchteten Rechtsextremisten Germar Rudolf (verheirateter Scheerer) folgen. Postalisch ist Rudolf, der sich in Spanien in räumlicher Nähe zum Alt-Nazi Otto Ernst Remer aufhält, über einen „Arbeitskreis für Kultur und Geschichte“ im baden-württembergischen Schönaich erreichbar. Von Rudolf (alias Ernst Gauss) ist im Sommer eine neue Broschüre mit dem Titel „Kardinalfragen zur Zeitgeschichte“, herausgegeben von der 1985 gegründeten belgischen „Stiftung Vrij Historisch Onderzoek“ („Freie historische Forschung“), erschienen. Kopf der Stiftung ist der Holocaustleugner Siegfried Verbeke, Firmeninhaber der Druckerei/Kopierladens „Quickprint“ in Antwerpen, der mehrere Ausgaben hinweg „Die Bauernschaft“ druckte und verschickte. Bei Verbeke ist alles zu beziehen, was das revisionistische Herz höher schlagen läßt: von Robert Farissou, Paul Rassinier, Udo Walendy, Wilhelm Stäglich, Thies Christophersen bis zu John C. Ball.

Wien (Österreich) - Beim Wiener Neonazi Frank Swoboda fand im Rahmen der Briefbombenermittlungen eine Hausdurchsuchung statt. Im tschechischen Breclav betreibt der Computerfreak Swoboda, der eng mit Peter Kurt Weiß, Vorsitzender des „Bürgerschutzes Österreich“ (BSÖ) zusammenarbeitet, eine „Orion Verlags GmbH“.